

12. BUNDESVERBANDSTAG DER KAB

03:-05: Oktober 2003 in Mainz



PROKLAMATION

Menschen beteiligen – Gerechtigkeit schaffen!

Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel verlangen eine politisch festgelegte und staatlich garantierte soziale Sicherung. Die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland haben sich in diesen Wandlungsprozessen bewährt. Mehr als fünfzig Jahre haben sie beigetragen zu wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Sicherheit, sozialem Ausgleich, zu sozialem Frieden und zu politischer Stabilität. Handlungsleitend war und ist die Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Ziele sozialer Gerechtigkeit sind

- soziale Absicherung für alle Mitglieder der Gesellschaft: Das soziale Netz muss alle tragen!
- sozialer Ausgleich in der Gesellschaft: Reformpolitik darf nicht polarisieren, Reiche reicher und Arme ärmer machen!
- soziale Teilhabe und Teilnahme aller: Es darf nicht die da drinnen und die da draußen geben!

Soziale Gerechtigkeit verlangt eine wirkliche Reformpolitik auch für die sozialen Sicherungssysteme. Notwendig ist:

1. Die politische Debatte zur Zukunft des Sozialstaates und zur Sicherung der Sozialsysteme muss endlich bei der Realität ankommen.

Realität ist:

- ***der demographische Wandel im Altersaufbau unserer Gesellschaft,***
- ***die Neugewichtung des Verhältnisses von Arbeit und Leben,***
- ***das Absinken des Erwerbsarbeitsvolumens,***
- ***die Globalisierung der Finanzmärkte und die Internationalisierung der Wirtschaft,***
- ***die immer tiefere Spaltung in Reiche und Arme in Deutschland und weltweit.***

Es nützt nichts über die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters zu diskutieren, wenn die entscheidenden Faktoren für den faktischen Eintritt ins „Rentenalter“ mit durchschnittlich 58 Jahren unbeachtet bleiben. Es sind „Phantomdiskussionen“, wenn über die Stärkung der Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen durch eine Reform der Arbeitsmarktpolitik nachgedacht wird, gleichzeitig aber das neue Verhältnis von Arbeit und Leben und das Absinken des Erwerbsarbeitsvolumens nicht zur Kenntnis genommen werden. Es ist falsch zu behaupten, dass wir aufgrund der Globalisierung und Internationalisierung das Niveau der sozialen Sicherheit bei uns absenken müssen, obwohl wir wissen, dass hierdurch eine internationale Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird.

Es führt in die Irre, Solidarität im Sozialstaat zu beschwören, gleichzeitig aber die zunehmende Spaltung in Reiche und Arme zu leugnen.

Politik inszeniert sich selbst, wenn die wirklich „harten Fakten“ und Zusammenhänge nicht zur Kenntnis genommen werden. Reform folgt so auf Reform, ohne dass strukturelle Lösungen herbeigeführt werden. Am Ende verbrauchen sich die Innovationspotentiale und der

vorhandene Beteiligungswille der Bürgerinnen und Bürger, die für die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit unabdingbar sind. Die Kurzsichtigkeit der sozialpolitischen Diskussionen hat ihren Grund vor allem darin, dass ethische Grundsätze und bewährte Strukturprinzipien nicht mehr beachtet werden. Statt zu polemisieren, müssen die Sicherungssysteme endlich armutsfest gemacht werden, damit ein „Durchreichen nach unten“ verhindert wird.

- 2. *An erster Stelle der Strukturdebatte steht die Frage nach der Verwirklichung der sozialen Grundrechte sowie der Würde eines jeden Menschen und nicht die Frage nach den finanziellen Möglichkeiten. Deshalb ist die Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme nicht mit der Konsolidierung und Sanierung der öffentlichen Haushalte zu verwechseln. Die Deregulierung der sozialen Sicherung nach dem Muster der privatwirtschaftlichen Ökonomie droht die Errungenschaften rückgängig zu machen, die die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf für einen demokratischen Sozial- und Rechtsstaat erstritten hat.***

Schutz gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Risiken im Alter, bei Unfall und Arbeitsunfähigkeit sind „öffentliche Güter“, die nicht der Marktlogik unterworfen werden können. Wo der Markt und seine Steuerungsmechanismen zur Einstellung, zum alleinigen Kriterium des privaten und öffentlichen Handelns, gar zur Lebensweise wird, kommt das „Soziale“ unter die Räder. Nur die Reichen sind in der Lage, die wegfallenden staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Leistungen durch „Einkauf am Markt“ zu kompensieren. Dass die soziale Frage nur noch als Frage des Geldes gesehen wird, ist eine Folge der zunehmenden Macht des internationalen Kapitals im Zuge einer einseitig verstandenen Globalisierung.

- 3. *Ein Gesamtkonzept zur Zukunft der sozialen Sicherung geht aus von der ethischen Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft und der Gesellschaft für jeden Einzelnen. Dabei haben die Prinzipien der kirchlichen Sozialverkündigung Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit Geltung. Eine wirkliche Strukturreform hängt entscheidend davon ab, ob es sozial und gerecht bei der Verteilung der Lasten und Güter zugeht, ob Teilhabe und Teilnahme gesichert und solidarische Netzwerke im Sinne des Subsidiaritätsprinzips unterstützt werden.***

Aktive Bürgerinnen und Bürger wollen nicht Lückenbüßer für sozialstaatliches Versagen und schwindende Finanzen sein. Die Vorstellungen eines „aktivierenden Sozialstaates“ und Appelle an die Eigenverantwortung gehen ins Leere, wenn nicht die notwendigen Voraussetzungen zur Erneuerung von sozialem Ausgleich und Solidarität der einzelnen und der Gruppen füreinander und untereinander geschaffen werden. Die Zivilgesellschaft setzt auf Partizipation. In Deutschland ist eine Fortentwicklung des Sozialstaats notwendig möglich. Und angesichts der Globalisierung muss sozialstaatliches Handeln weltweit implementiert und gestärkt werden.

Zur Verwirklichung dieser Ziele stehen die Kirchen in einer besonderen Verantwortung.

4. *Ein Gesamtkonzept der sozialen Sicherung berücksichtigt, die tatsächlichen Veränderungen der Erwerbsarbeitsgesellschaft.*

Der Arbeitslohn kann in Zukunft nicht mehr ausschließlich die Bezugsgröße unseres Sozialsystems sein. Subsidiär, solidarisch und nachhaltig heißt: Alle Einkommensarten müssen zukünftig an der Finanzierung des Sozialsystems beteiligt werden. So bleibt auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums keine leere Formel, sondern wird zu einem konkreten Finanzfaktor sozialer Sicherung in Deutschland. Für die Alterssicherung hat die KAB vorgeschlagen - neben der weiterhin paritätisch beitragsfinanzierten Rentenversicherung und dem Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge - eine beitrags- und umlagefinanzierte Sockelrente einzuführen. Hierdurch wird in der Finanzierung eine wirkliche Strukturreform erreicht, die auch in den anderen Sozialversicherungen notwendig ist.

Zum Gesamtkonzept der sozialen Sicherung gehört vor allem auch die stärkere Berücksichtigung des Solidarbeitrags von Familien und ihrer Leistungen für Gesellschaft und Wirtschaft.

5. *Wer ein „gutes Leben für alle“ will, muss den Sozialstaat sichern und die Tätigkeitsgesellschaft wollen.*

Die derzeitige „Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft“ führt zur Ausweitung der sozialen Probleme. Es entsteht ein Teufelskreis: Die „Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft“ führt zur „Krise des Sozialstaates“ und umgekehrt. Demgegenüber stellt die „Tätigkeitsgesellschaft“ der Zukunft die Beteiligung aller Menschen an allen Formen der menschlichen Arbeit und der Mühe sicher. So ist für das „gute Leben aller“ ein Mehr an sozialer Sicherheit notwendig, auch um den Wandel aktiv zu gestalten. Dazu sind individuelle und soziale Einstellungsänderungen notwendig, die in unseren Köpfen und Herzen, aber auch in unseren gesellschaftlichen Strukturen wachsen müssen.

Soziale Gerechtigkeit durch Teilhabe und Teilnahme, Transparenz der öffentlichen Prozesse und gerechte Verteilung der Lasten und Güter bringen uns dem Ziel des „guten Lebens für alle“ näher. Dafür werden Frauen und Männer der KAB streiten.

Menschen beteiligen!

Gerechtigkeit schaffen!

Beschluss des 12. Bundesverbandstages der KAB
Mainz, den 04. Oktober 2003